

ze die Bundesregierung die europäische Einigung aufs Spiel. Genscher: „Unsere Europapolitik droht an Glaubwürdigkeit zu verlieren.“

Von der Genscher-Anklage fühlten sich fast alle getroffen, und sogleich hatte der Außenminister eine breite Front gegen sich. So dozierte Entwicklungshilfeminister Egon Bahr. Außenpolitik bestehe nicht darin, Geld auszugeben. Auch der Kanzler wehrte sich: Es sei keine anti-europäische Haltung, wenn Bonn sich gegen kostenträchtige Projekte wehre, die nur nationalen Interessen anderer dienen.

Besonders ärgerte es Genscher, daß die Schmidt-Fraktion bislang deutliche Reserve gegenüber dem EG-Beitritts-gesuch der Griechen zeigt. Obwohl Bonn den Griechen bereits Unterstützung zugesagt hat, fürchten zahlreiche Kabinettsmitglieder, daß ein EG-

trick für europäische Auslagen unmit-telbar haftbar machen. Wurden früher Zahlungen nach Brüssel zum großen Teil vom Haushalts-Titel „Allgemeine Finanzverwaltung“ abgebucht, für den sich einzig der Finanzminister verant-wortlich fühlt, lastet Apel die Zahlun-gen nun überwiegend den Konten der jeweils zuständigen Ressorts an. Die aber haben dann weniger für eigene, profilhöffige innenpolitische Aktivitä-ten in der Kasse.

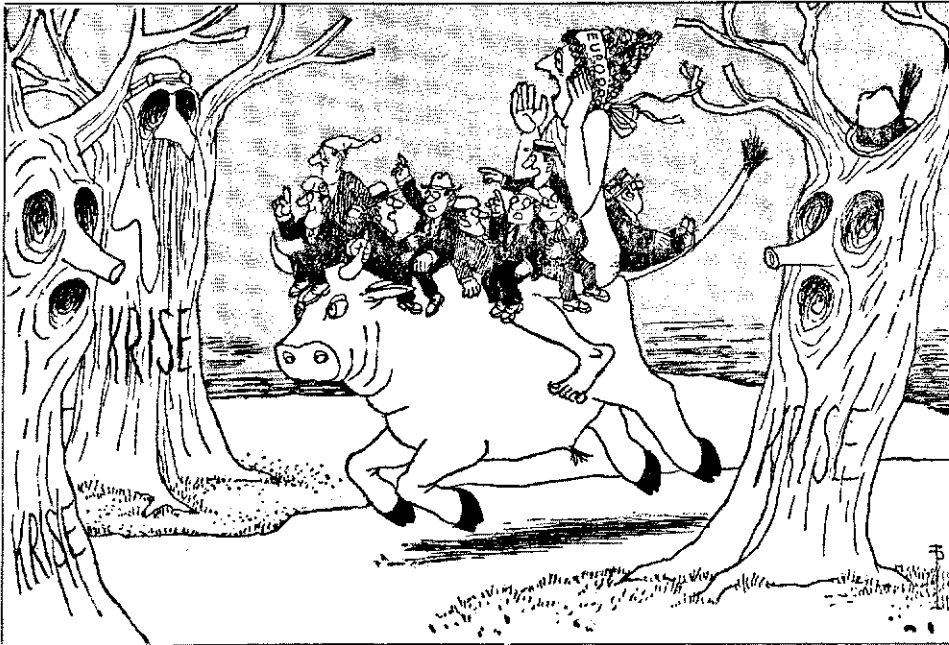
Daher stützen die von Apel kurzgehaltenen Minister europäische Ausga-ben, wo immer sie können. Als die Brüsseler Kommissare den EG-Sozial-fonds um 303 Millionen Mark aufstok-ken wollten, sorgte Bonns Arbeitsmi-nister Walter Arendt dafür, daß nur 172 Millionen zugelegt wurden. Ein Ener-gie-Forschungsprogramm, das die EG-Kommission für vier Jahre konzipiert

dem elf Raketen versagt hatten, wurde das Vorhaben abgebrochen; ihre Satel-liten lassen die Europäer jetzt mit US-Raketen nach oben befördern.

Unwirtschaftlich arbeiten auch, so kritisierte Matthöfer am Donnerstag in Luxemburg, die vier Forschungszentra-len der Gemeinschaft — vor allem das im italienischen Ispra gelegene EG-In-stitut, das 63 Prozent der Brüsseler Forschungsmillionen verzehrt. Die Ispra-Wissenschaftler, so Matthöfer, hätten keine vernünftigen Programm-zeile und vertändelten sich in 22 Ein-zelprojekten. Überdies zeigten die Ispra-Angestellten eine bemerkenswer-te Streiklust: Allein im vergangenen Jahr legten sie 26mal die Arbeit nieder. Matthöfer: „Es ist auch für Europa nicht gut, wenn wir unter dem Deck-mantel Europa morsche Geschichten machen.“

Im EG-Ministerrat fand der Deut-sche mit seinen Argumenten jedoch keine Zustimmung. Selbst der Brite An-thony Wedgwood Benn, der in England als Europa-Fresser berühmt wurde, stimmte dem EG-Forschungsetat zu, dem Matthöfer sein Plazet versagte.

Bleiben die Deutschen bei ihrem Veto, müssen die vier EG-Forschungs-anstalten mit ihren rund 1000 Mitar-beitern zum 1. Januar schließen.



Vorwärts

Wer reitet so spät durch Nacht und Wind? Es sind die Europäer auf ihrem Rind

Partner Griechenland mit seinem niedrigen Entwicklungsstand die Europäische Gemeinschaft Milliarden an Agrarsubventionen und Regionalhilfen kosten würde. Finanzminister Hans Apel moserte im Kabinett: „Bevor die alten Probleme gelöst sind, schaffen wir uns dann schon wieder neue.“ Genschers Parteifreund Hans Friderichs ging auf die gleiche Linie: „Wenn wir weiter so unser Geld verstreuen, müssen wir den Bürgern klarmachen, daß mit Einkommenszuwachsen in den nächsten Jahren nicht zu rechnen ist. Ich kann mir nicht vorstellen, wie wir hier Wahlen gewinnen können, wenn wir Sizilien und Anatolien industrialisieren wollen.“

Die Europa-Begeisterung der Minister ist stark abgekühlt, seit Kanzler Schmidt und sein Kassierer Hans Apel die Ressortchefs mit einem Buchungs-

hatte, genehmigten die Bonner nach monatelangen Rängeleien nur für 18 Monate, statt 216 Millionen Mark soll es nur 44 Millionen kosten.

Selbst bei Kleingeld zeigen sich die Ministerien bockig: Ein Forschungsprogramm zur Bekämpfung der Armut in der Gemeinschaft, das nur etwa zehn Millionen Mark kosten sollte, schmettete Bonn in Brüssel ab — wie so oft in letzter Zeit gegen die Stim-men aller.

Ganz unbegründet ist die Zahlungs-unlust freilich nicht. Denn allzu häufig lancierten die Europäer mit dem Blick auf die rheinische Kasse aufwendige Programme, bei denen schließlich Aufwand und Ertrag in höchst ungünstigem Verhältnis zueinander standen. So steckten sie Milliarden in den Bau einer hauseigenen Forschungsrakete. Nach-

SPD

Export zum Mittelmeer

Die SPD will in den Mittelmeer-Staaten eine sozialdemokratische Bewegung ins Leben rufen. Willy Brandt ist der Wegbereiter dieser aktiven Südeuropa-Politik.

Sichtbar vergnügt zerschmetterte SPD-Chef Willy Brandt im Folklore-Restaurant „Fantasia“ im Athener Hafen Piräus Gips-Teller. Das Teller-spiel, eine griechische Variante des Beifalls, war Brandt zugleich ein Akt der Erleichterung. „Er ist froh“, so ein Mitarbeiter, „daß wir sonst kein Porzellan zerschlagen haben.“

Der Ex-Kanzler war auf heikler Mission: Offiziell sammelte er den Dank griechischer Politiker — Regierung wie Opposition — für die Unterstützung durch die SPD während der Obristen-Diktatur ein. Inoffiziell suchte die Partei-Delegation in Gesprächen mit Athener Parlamentariern eine Basis für die Gründung einer sozialdemokratischen Bewegung in Griechenland.

Die Reise nach Athen und der anschließende Besuch in Titos Jugoslawien ist Teil vorsichtiger Bemühungen der deutschen Sozialdemokraten, in den Mittelmeerländern gemäßigte Linksbewegungen zu unterstützen. Bruno Friedrich, außenpolitischer Sprecher der Bonner SPD-Fraktion, beschreibt das Ziel: „Wir wollen sozial

orientierte Demokraten zusammenführen, die Links- wie Rechts-Diktaturen verhindern.“ Und Willy Brandt ist, obwohl er „die gemeinsame Formel für diese Länder“ (Brandt) noch nicht gefunden hat, Wegbereiter und Botschafter dieser aktiven Süd-Politik.

Das beträchtliche Ansehen des SPD-Vorsitzenden in den Mittelmeerländern erhöht die Erfolgsaussichten. Bei seinem Kurzbesuch in Belgrad feierten ihn jugoslawische Zeitungen in der vergangenen Woche als „inoffiziellen Führer der Weltsozialdemokratie“. Der konservative Athener Regierungschef Karamanlis war von dem deutschen Sozialdemokraten derart angetan, daß er sich — zumindest theoretisch — zum Sozialismus bekannte.

Brandt selbst genießt seine Rolle als Außenpolitiker der Partei, „die der offiziellen Politik etwas hinzufügen kann“. Nahezu die Hälfte seiner Arbeitszeit widmet er der Außenpolitik. Die politisch labilen Mittelmeerländer haben höchste Priorität.

Im März traf Brandt den türkischen Oppositionsführer Ecevit, im April den spanischen Sozialdemokraten González. Im Juni sprach er mit dem portugiesischen Sozialdemokraten Soares. In Athen konferierte Brandt mit Politikern aller potentiell sozialdemokratischen Parteien — von Georgios Mavros, Chef der gemäßigt sozialdemokratischen „Zentrumsunion Neue Kräfte“, bis zum exzentrischen Linksozialisten Andreas Papandreou. In Belgrad schließlich traf er Tito. „Ein Netz persönlicher Bekanntschaften“, so der Abgeordnete Mattick, „macht noch keine Politik, aber es hilft.“

Brandt und seine Parteifreunde besetzen einen außenpolitischen Leerraum. An den Küsten des Mittelmeeres zwischen Türkei und Portugal zerbrechen politische Traditionen, und es ist sehr zweifelhaft, ob die demokratischen Kräfte angesichts großer sozialer Spannungen und geringer wirtschaftlicher Leistung die Oberhand behalten.

Allen diesen Ländern ist gemeinsam, daß sie die Bevormundung der beiden Großmächte USA und Sowjet-Union ablehnen. Auf der Suche nach einflußreicher und dennoch international unverdächtigter Assistenz erscheint die deutsche Sozialdemokratie vielen Mittelmeeranrainern als die richtungweisende Kraft zu mehr Stabilität.

Dabei kommt der SPD das Ansehen zugute, das sie sich in den vergangenen Jahrzehnten als Helfer unterdrückter Demokraten erwarb. Deutsche Sozialdemokraten holten in Griechenland, Spanien und Portugal Verfolgte — nicht nur Genossen — aus dem Gefängnis, halfen den Frauen von Emigranten, gaben den Vertriebenen Arbeit und Studienmöglichkeiten. Horst Ehmke paukte als Kanzleramtsminister den Athener Professor Mangakis aus Obristen-Haft heraus.



Jugoslawien-Besucher Brandt, Gastgeber Tito: Gemeinsame Formel



**Griechenland-Besucher Brandt*
Persönliche Bekanntschaften**

Hans Matthöfer, heute Forschungsminister, zeigte 1971 im Auftrag seines Fraktionschefs Herbert Wehner in Madrid, wie man „Nägel mit Köpfen macht“ (Wehner). Nach stundenlangen Verhandlungen mit Spaniens damaligem Justizminister Oriol über die Freilassung des inhaftierten spanischen Sozialisten Carlos Pardo stand Matthöfer abrupt auf und raunte den Dolmetscher an: „Sagen Sie den Herren, sie sollen sich eine warme Jacke anziehen. Es kommt ein kalter Winter.“ Falls das Franco-Regime nicht nachgibt, werde die SPD die Kündigung aller Gastarbeiterverträge verlangen. Dann machte er Anstalten zu gehen.“

Pardo, der als Chefredakteur der in der Bundesrepublik von der IG Metall herausgegebenen Zeitung „Expres-

* Bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Panteios-Hochschule für Politische Wissenschaften in Athen.

Español“ Unziemliches über Staatschef Franco veröffentlicht hatte und in Spanien festgenommen worden war, wurde Stunden später entlassen.

Die Freundestaten der Vergangenheit schufen freilich auch Erwartungen, die von Brandt und seiner Partei kaum zu erfüllen sind. Denn zur politischen Wirklichkeit der Mittelmeerländer gehören starke kommunistische Gruppierungen, denen sich deutsche Sozialdemokraten — wenn sie nicht innenpolitisch Schaden nehmen wollen nur vorsichtig nähern können.

Dem französischen Sozialistenführer François Mitterrand fällt die Zusammenarbeit mit den linken Mittelmeerguppen leichter. Er möchte das heimische Volksfront-Modell auf die südeuropäischen Nachbarn ausdehnen und tritt damit als linker Konkurrent zu den SPD-Bemühungen auf.

So unbekümmert wie sein französischer Kollege, der in konservativen Bonner SPD-Kreisen als Vertreter einer Abenteuer-Politik gilt, kann Brandt nicht sein. Vorbeugend wehrte sich der Vorsitzende vor dem SPD-Präsidium dagegen, „daß hier und da der Eindruck entstehe, daß die Grenzziehung zwischen demokratischem Sozialismus und totalitärem Kommunismus nicht in der notwendigen Klarheit vorgenommen wird“.

Wo freilich klare Grenzen zu ziehen sind, weiß Brandt nach seinem jüngsten Trip zum Mittelmeer auch noch nicht besser: „Ein Etikett auf die eine oder andere Richtung zu kleben kann doch nur ein Notbehelf sein.“ Immerhin teilen sich die Kommunisten in Griechenland in potentielle Partner und unveröhnliche Gegner. Während die Moskau-treue KP Brandt schnitt, war die reformistische „KP-Inland“ bei fast allen Brandt-Festen dabei: Sozialdemokraten von morgen? ◆